

Antrag

der Abgeordneten der Abgeordneten Hüseyin-Kenan Aydin, Nele Hirsch, Heike Hänsel, Monika Knoche, Dr. Diether Dehm, Wolfgang Gehrcke, Inge Höger, Dr. Hakkı Keskin, Michael Leutert, Dr. Norman Paech, Paul Schäfer, Alexander Ulrich, Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und der Fraktion DIE LINKE.

Entwicklung braucht Bildung: Den deutschen Beitrag erhöhen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Bundestag stellt fest:

Freie Teilhabe an Bildung ist ein Menschenrecht. Das Bildungsniveau entscheidet maßgeblich über die persönlichen Voraussetzungen im Erwerbsleben. Nach einer Weltbank-Studie aus dem Jahr 2002 besteht ein messbarer Zusammenhang zwischen Armut und Länge der schulischen Ausbildung. Demnach beträgt bei jungen Frauen in Ländern mit niedriger Wirtschaftskraft der durchschnittliche Einkommensunterschied pro Schuljahr zwischen 10 und 20 Prozent.

Dort, wo viele Kinder keine Schule besuchen können, grassiert der Analphabetismus. Nach Angaben der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) gibt es immer noch mindestens 780 Millionen Jugendliche und Erwachsene, die nicht lesen und schreiben können. Auch verbreiten sich Krankheiten schneller in Ländern mit Defiziten bei der Grundbildung. Eine Studie der Globalen Bildungskampagne, die in über 120 Ländern von Nichtregierungsorganisationen getragen wird, kommt auf Basis der verfügbaren Vergleichsdaten (2004) zu dem Ergebnis, dass die weltweite Versorgung mit Grundbildung die Neuinfektionen mit dem Aids auslösenden HI-Virus jährlich um 700.000 senken könnte.

Dem Aufbau eines funktionierenden Bildungswesens kommt bei der Überwindung von Unterentwicklung mithin eine Schlüsselrolle zu. Aus dieser Erkenntnis heraus verständigten sich im April 2000 die Regierungen von mehr als 164 Staaten auf dem Weltbildungsforum in Dakar auf sechs Entwicklungsziele im Bildungsbereich, die durch gemeinsame Anstrengungen bis zum Jahr 2015 erreicht werden sollen:

- Ausweitung und Verbesserung der frühkindlichen Betreuung und Erziehung;
- Sicherstellung einer obligatorischen, gebührenfreien und qualitativ guten Grundschulbildung für alle Kinder;
- Verbesserter Zugang von Jugendlichen und Erwachsenen zu Erwerb fördernden Lehrangeboten und lebenspraktischen Kenntnissen („life skills“);
- Halbierung der Analphabetenrate unter Erwachsenen bis 2015 und Sicherung eines angemessenen Grundbildungsniveaus;

- Überwindung der Benachteiligung von Mädchen in Grund- und Sekundarbildung bis 2005, allumfassende Gleichberechtigung im gesamten Bildungswesen bis 2015;
- Verbesserung der Qualität der Bildung, insbesondere in den grundlegenden Bereichen Lesen, Schreiben und Rechnen.

Zwei Ziele von Dakar – die Forderungen nach einer Grundschulausbildung für alle Kinder, sowie nach der Aufhebung der Benachteiligung von Mädchen und Frauen – haben die Vereinten Nationen im Jahr 2000 in den so genannten Millenniumszielen übernommen. Die G8-Staaten haben auf ihren Gipfeltreffen seit 2001 regelmäßig die Bekenntnisse zu den Zielen des Weltbildungsforums und den Millenniumszielen bekräftigt, ohne dabei konkrete Umsetzungspläne vorzulegen. Auch hatten diese Bekräftigungen weder Einfluss auf die Gestaltung der von den G8 dominierten Welthandelsgespräche im Rahmen der WTO, noch auf die generelle Ausrichtung der Weltbank-Förderpolitik, deren auf Deregulierung und Marktöffnung ausgerichtete Politik vielfach eine eigenständige Entwicklung funktionierender Bildungssysteme in den Entwicklungs- und Schwellenländern erschwert hat.

Ungeachtet dessen gibt es in einigen Ländern seit Verkündung dieser Ziele Fortschritte zu verzeichnen – insbesondere dort, wo Regierungen Schulgebühren abgeschafft haben. In Tansania etwa stieg die Zahl der im Jahr 2003 eingeschriebenen Schüler um insgesamt 3,1 Millionen, nachdem die Eltern nicht mehr für den Schulbesuch ihrer Kinder zahlen mussten. Ähnliche Entwicklungen ließen sich in Kenia, Malawi, Burundi und Uganda beobachten. Insgesamt sind zwischen den Jahren 2000 und 2005 rund 37 Millionen Kinder zusätzlich eingeschult worden, in der Mehrzahl Mädchen.

Doch Fortschritte in einzelnen Ländern können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Welt als Ganzes noch weit von den gesteckten Zielen entfernt ist. Ein in diesem Jahr veröffentlichter Bericht der UNESCO geht auf Grundlage von amtlichen Zahlen aus dem Jahr 2004 davon aus, dass allein in Afrika von geschätzten 111 Millionen Kindern im Grundschulalter 34 Prozent keine Möglichkeit haben, zur Schule zu gehen. Der aktuelle Jahresbericht der Globalen Bildungskampagne stellt fest, dass unter Beibehaltung des aktuellen Umsetzungstempos fast alle Entwicklungsländer die genannten sechs Ziele des Weltbildungsforums von Dakar verfehlen werden. Laut UNESCO wird im Jahr 2015 in mindestens 67 Ländern nach wie vor nicht einmal die allgemeine Grundschulbildung gewährleistet sein. Dem Bericht zufolge seien viele Länder so weit von diesem Ziel entfernt, dass sie es nach derzeitigem Stand „nicht einmal in achtzig Jahren erreichen werden“.

Gewachsene Einschulungsraten allein beheben darüber hinaus nicht die gravierenden Mängel in der Qualität der Ausbildung. Die systematische Modernisierung der Lehrpläne, der Ausbau der verfügbaren Klassenzimmer und die Bereitstellung guter Lehrunterlagen sind unabdingbare Voraussetzungen, um wirkliche Bildungserfolge zu erzielen. In den Schulklassen Kameruns steht beispielsweise für die Unterrichtsfächer Mathematik und Englisch im Durchschnitt pro hundert Kinder jeweils weniger als ein Lehrbuch zur Verfügung.

Von besonderer Bedeutung für die Qualität des Unterrichts ist die Zahl der Lehrkräfte. Denn ohne ausreichend Lehrpersonal sind die Klassenfrequenzen viel zu hoch. Dies drückt den Lernerfolg und damit die Motivation. Viele Millionen Kinder verlassen jährlich die Schule frühzeitig und ohne Grundschulabschluss. Dies ist ein deutlicher Hinweis, dass wachsende Einschulungsraten nur dann nachhaltige Erfolge zeitigen, wenn sie auch von wachsenden Gesamtausgaben für Bildung begleitet werden. Langfristige Investitionen in Lehrgehälter, zusätzliche Stellen für Lehrkräfte und Fortbildungsmaßnahmen sind unabdingbare Voraussetzung, wenn quantitative Fortschritte auch mit einer qualitativen Verbesserung für die Masse der Bevölkerung einhergehen sollen. Nach Schätzungen der UNESCO müssen in

Schwarzafrika bis 2015 zusätzlich 1,6 Millionen Lehrkräfte eingestellt werden, damit jedes Kind eine angemessene Grundschulbildung erhalten kann. Weltweit belaufen sich die notwendigen Mittel zur Finanzierung des Ziels einer Grundschulbildung für alle zwischen 2005 und 2010 auf jährlich \$ 9 Milliarden. Das sind deutlich weniger als 0,1 % der globalen Militärausgaben.

Auch wenn die Regierungen der Entwicklungsländer in keiner Weise zur Lösung der Bildungskrise aus der Verantwortung entlassen werden können, müssen die entwickelten Industriestaaten ihren am Bruttonationaleinkommen bemessenen fairen Anteil zur Finanzierung der global vereinbarten Aufgaben beitragen. Nicht alle Entwicklungsländer sind indes in ein gut koordiniertes Netz bilateraler Geber eingebunden.

Mit der unter Federführung der Weltbank eingerichteten „Education for All – Fast Track Initiative“ (FTI) besteht neben den bilateralen Bemühungen seit April 2002 auch ein multilateraler Kanal zur Mobilisierung und Koordinierung von Ressourcen. Die FTI verlangt vor der Aufnahme eines Entwicklungslandes die Vorlage eines nach ihren Kriterien glaubwürdigen und seriösen Plans zur Verbesserung des eigenen Bildungssektors. Im Gegenzug können Entwicklungsländer mit wenig bilateralen Gebern zur Finanzierung ihres Bildungsplans auf Gelder aus dem „Catalytic fund“ der FTI rechnen. Daneben existiert mit dem „Education Programme Development Fund“ ein kleinerer FTI-Fonds, der zur Finanzierung technischer Zusammenarbeit bei der Bildungsplanung vorgesehen ist. Bislang sind 31 Entwicklungsländer als FTI-Partner anerkannt. Bis Ende 2008 soll die Mitgliedszahl auf 60 steigen.

Trotz aller Bekenntnisse der G8-Staaten zur FTI als bedeutsamstes multilaterales Instrument zur Finanzierung der globalen Bildungsziele wies dessen Finanzierung allein im Jahr 2007 ein Defizit von rund \$ 500 Millionen auf. Wenn all jene Länder rasch aufgenommen werden, die bereits den Aufnahmekriterien entsprochen haben, dann wird diese Lücke bis Ende 2008 voraussichtlich auf \$ 800 Millionen anwachsen.

Diese Vernachlässigung der multilateralen Verpflichtungen wird durch die Versäumnisse auf der bilateralen Ebene verschärft. Mit Ausnahme einiger kleinerer Staaten wie die Niederlande, Finnland oder Luxemburg haben alle OECD-Staaten, die sich zur Bereitstellung der global notwendigen Ressourcen bereit erklärt haben, von der Globalen Bildungskampagne diesbezüglich schlechte Noten bescheinigt bekommen. Insbesondere die Bundesregierung steht entgegen den eigenen Beteuerungen schlecht da. Auf der Brüsseler Bildungskonferenz vom Mai 2007 sagte das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) die Bereitstellung von 8 Millionen Euro für den „Catalytic Fund“ der FTI zu – die Niederlande wollen bis 2009 hingegen 470 Millionen Euro einstellen. Gemessen am Bruttonationaleinkommen läge nach Berechnungen der Globalen Bildungskampagne der als „fair share“ bezeichnete angemessene Anteil Deutschlands zur Finanzierung der bildungspolitischen Millenniumsziele bei jährlich \$ 777 Millionen oder derzeit rund 563 Millionen Euro. Tatsächlich brachte die Bundesrepublik im Durchschnitt der Jahre 2004/05 davon bestenfalls 39 Prozent auf – wenn man von der großzügigen Annahme ausgeht, dass ein Drittel der unspezifizierten Gelder für Entwicklungshilfe im Bereich Bildung in die Förderung von Grundbildung fließen.

Das genaue Defizit wird durch die kreative Buchführung in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit allerdings vertuscht. Für die Erreichung des Millenniumsziels einer umfassenden Grundbildung kündigte die Bundesregierung 2002 an, den deutschen Beitrag für Grundbildung bis 2007 auf jährlich 120 Millionen Euro zu verdoppeln. Doch selbst diese hinter den Erfordernissen zurückbleibende Summe wurde verfehlt. Der Anteil für Grundbildung in der multilateralen Hilfe wird nicht klar ausgewiesen. Die bilaterale Hilfe wird in den Bilanzen der Bundesregierung systematisch aufgebläht. 2005 wurden 985

Millionen Euro der bilateralen Leistungen für den Gesamtsektor Bildung ausgewiesen. Davon entfielen allerdings 745 Millionen auf die Anrechnung der Studienplatzkosten ausländischer Studierender in Deutschland. 2005 wurden nicht mehr als 57 Millionen Euro im Rahmen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit für Grundbildung zur Verfügung gestellt – was einem Anteil von unter 1 Prozent der aufgebrauchten Mittel entsprach.

Die verfügbaren Zahlen verdeutlichen, dass Anspruch und Wirklichkeit der deutschen Entwicklungszusammenarbeit in wenigen Bereichen derart auseinanderklaffen wie im Bereich der Förderung der globalen Grundbildung. An diesem Punkt herrscht ein dringender Handlungsbedarf. Zudem muss die Bundesregierung Initiativen ergreifen, um die Rahmenbedingungen der Entwicklungszusammenarbeit im Bildungsbereich grundlegend zu ändern.

II. Der Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- in einem ersten Schritt den im Rahmen der Vereinten Nationen zugesagten Verpflichtungen nachzukommen und entsprechend den von der Globalen Bildungskampagne auf Grundlage von UNESCO-Zahlen berechneten angemessenen Anteil („fair share“) zur Finanzierung der bildungspolitischen Millenniumsziele zu leisten;
- Bildung zum Bestandteil der Regionalkonzepte des BMZ für Afrika zu machen und die Anzahl der Partnerländer mit einem bildungspolitischen Schwerpunkt zu erhöhen;
- den gegenwärtigen Ko-Vorsitz in der FTI zu nutzen, um kurzfristig auf eine rasche Schließung der bestehenden Finanzierungslücke durch alle beteiligten, insbesondere aber die großen Geberländer hinzuwirken;
- perspektivisch auf eine grundlegende Änderung der Weltbankpolitik zu drängen und sicher zu stellen, dass die Vergabe von Darlehen und Fördermitteln in den Partnerländern tatsächlich eigenständige Entwicklungsprozesse stimulieren, dass Finanzausgaben für den Aufbau von Bildungssystemen in der Entwicklungszusammenarbeit nicht an Forderungen wie Privatisierungen öffentlicher Einrichtungen oder die Senkung der öffentlichen Ausgaben geknüpft werden, sowie darauf zu drängen, neben der Grundbildung auch den Ausbau der Sekundarstufen, der höheren Bildung und der Berufsbildung vorangetrieben wird;
- die im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit für die Förderung der Grundbildung bereitgestellten Mittel in den öffentlich zugänglichen Haushaltsplänen präzise auszuweisen;
- auf die bilanztechnische Verrechnung der geschätzten Studienplatzkosten ausländischer Studierender in Deutschland mit der geleisteten öffentlichen Entwicklungshilfe (ODA-Quote) zu verzichten, und stattdessen diesen Posten gesondert aufzuführen;
- sicherzustellen, dass künftig langfristige Finanzausgaben gemacht und diese auch umgesetzt werden, damit in den betroffenen Entwicklungsländern bei der Umsetzung der eingeforderten Bildungspläne zur Bereitstellung einer umfassenden Grundbildung für alle Kinder ausreichend Planungssicherheit besteht.

Berlin, den 7. Juni 2008

Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion